

Herr Lienesch erläuterte, dass die CDU-Fraktion die Ansicht vertrete, dass die Stadt hier eine kleine Intervention starten solle, um die Postbank möglicherweise doch noch dazu bewegen zu können, den Serviceterminal bestehen zu lassen, da es sich hierbei um eine wichtige Dienstleistung für viele gerade ältere Menschen in der Stadt handelt. Die CDU-Fraktion habe nicht mehr auf die Sitzung des Rates warten wollen und daher den Hauptausschuss als das für diese Angelegenheit richtige Gremium gesehen.

Herr Metz sagte, dass er bei diesem Antrag durchaus eine Dringlichkeit sehen würde. In der Sache und inhaltlich müsse jedoch festgestellt werden, dass es in diesem Bereich derzeit einen erheblichen Wandel gäbe und in Zukunft weiterhin geben werde. Im Hinblick auf Bankwirtschaft gäbe es den Wandel insbesondere dahin, dass immer mehr Online-Banking betrieben würde durch die Kunden und die Öffnungszeiten von derartigen Terminals in Bankfilialen in jedem Falle reduziert würden. Daher solle die Stadt nicht in derartige freie unternehmerische Entscheidungen eingreifen und an dieser Stelle davon absehen, einen Präzedenzfall zu schaffen.

Frau Jung erklärte, dass sie die Einschätzung von Martin Metz teile. Daher sei diese Angelegenheit vielleicht eher ein Thema für die Seniorenbegegnungsstätte CLUB. Wenn wie im Antrag formuliert, ältere Menschen von der Schließung betroffen seien, dann sollte die Seniorenhilfe vielleicht eine an Ältere gerichtete Schulung für Online-Banking anbieten und durchführen.

Der Bürgermeister erwiderte, dass der CLUB gerade für die Älteren entsprechende Schulungen zum Thema Digitalisierung anzubieten beabsichtige.

Frau Bergmann-Gries sagte, dass sie zum Thema Strukturwandel bei Banken eine etwas andere Meinung habe und die Postbank und Kreissparkasse mit ihrer Geschichte und ihrer Struktur in einer Verantwortung für die Menschen sehe. Hierbei mit dem Verschwinden von derartigen Dienstleistungen eine Stück weit Daseinsvorsorge verloren gehe. Weiterhin solle der Bundestagsabgeordnete für Sankt Augustin seine Möglichkeiten zu eruieren, auf die Postbank einzuwirken.

Der Bürgermeister ergänzte, dass zum einen dies der einzige Kontoauszugsdrucker der Postbank in der Stadt sei und dass zum zweiten die Postbank mittlerweile komplett zur Deutschen Bank gehöre. Weiterhin sei zu bemerken, dass die Erfolgsaussichten eines Schreibens an die Postbank eher gering sein.

Herr Knülle sagte, dass die angesprochene Entwicklung großer Bankhäuser, auch die Commerzbank sei hier nochmal zu nennen, sich mit ihren Entscheidungen ‚zurückzuziehen‘ sei an verschiedenen Stellen in der Stadt spürbar. Es bestehe dann eine Möglichkeit effektiv auf solche Prozesse vielleicht doch noch einwirken zu könne, wenn der persönliche Kontakt zu den Entscheidungsträgern gesucht werde. Vielleicht solle der Bürgermeister hier den persönlichen Kontakt zu dem Ansprechpartner bei der Postbank suchen.

Herr Metz gab nochmals zu Bedenken, wo bei derartigen Vorgängen die Grenze gezogen oder die Messlatte angelegt würde. Es müsse eine Grenze gezogen werden zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft. In gewisse dynamische Prozesse des

Wirtschaftslebens sollte von behördlicher Seite nicht zu stark eingegriffen werden.

Herr Lienesch versicherte, dass der Wandel im Bankwesen überhaupt nicht bestritten würde. Dennoch gäbe es Personen in der Bevölkerung, die auf die ‚Offline-Varianten‘ angewiesen seien. Die CDU habe sich bei der Schließung der Filiale der Kreissparkasse in Ort dafür eingesetzt, dass der mobile Bus der Sparkasse ersatzweise dorthin komme, gerade mit Blick auf die Zielgruppe der älteren Menschen. Ein Engagement könne also Ergebnisse erzielen.

Herr Köhler drückte aus, dass er den Antrag unterstütze. Es gäbe ältere Menschen, die diese Dienstleistungen ausdrücklich benötigten.

Herr Knülle bemerkte im Hinblick auf den Redebeitrag von Herrn Lienesch, dass die Entscheidung über den mobilen Bus eine Grundsatzentscheidung im Regionalbeirat gewesen sei.